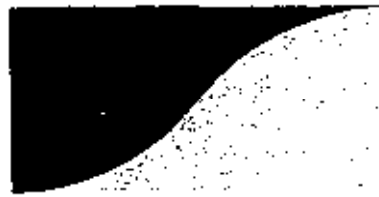


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 848 pbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Dr. Wolfgang Biermann
zur Diskussion über die
Beteiligung an UN-Mis-
sionen: Vom skandina-
vischen Modell der
Friedenserhaltung ler-
nen.

Seite 1

Hermann Langbein
(Wien) zur Notwendig-
keit, das größte Ver-
nichtungslager der Na-
zis als Ort der Warnung
zu erhalten: Die Ge-
denkstätte Auschwitz-
Birkenau.

Seite 6

47. Jahrgang / 109

10. Juni 1992

Vom skandinavischen Modell der Friedenserhaltung lernen

Zur Diskussion über die Beteiligung an UN-Missionen

Von Dr. Wolfgang Biermann

Referent für internationale Sicherheitspolitik beim SPD-Vorstand

Die norwegische Verfassung erlaubt grundsätzlich keine out-of-area-Operationen unter Kommando anderer Staaten. Nach Übereinstimmung aller Parteien des Storting gilt diese Vorschrift nicht für

- a) Verteidigungsoperationen unter NATO-Kommando innerhalb des NATO-Territoriums;
- b) die norwegische Teilnahme an friedenserhaltenden Maßnahmen unter UN-Kommando.

Norwegen nahm seit 1948 an rund 2/3 aller Peace-Keeping-Operationen der UN teil. 38.000 norwegische Soldaten nahmen daran teil, 31 wurden im Einsatz getötet. Seit 1963 gibt es durch den Parlamentsbeschluß Nr. 61 eine rechtliche Grundlage zur Aufstellung einer ständig einsetzbaren Stand-by-Truppe von 1.300 Mann, welche aus der Kommandostruktur der norwegischen Streitkräfte ausgegliedert und der UN unterstellt ist. Zur Zeit wird eine Vergrößerung der Stand-by-Truppe auf 2.000 Mann diskutiert. (Norwegen hat eine Mobilisierungsarmee mit einer Präsenzstärke von insgesamt 18.000 Soldaten, ohne "Home Guard".) Nach Anfrage durch den UN-Generalsekretär ist die Regierung jeweils nach Rücksprache mit dem Verteidigungsausschuß und dem außenpolitischen Ausschuß des Parlaments zur kurzfristigen Bereitstellung der UN-Stand-by Truppe autorisiert, für die im Verteidigungshaushalt ein fester Anteil vorgesehen ist. Die politische Einflußnahme erfolgt durch die jährliche Festlegung der Haushaltsmittel für konkrete UN-Einsätze.

Bei fehlendem Konsens führt die Regierung Blauhelm-Einsätze nicht durch. Mangelnder politischer Konsens sei den Streitkräften nicht zuzumuten. Über die Streitkräfte hinaus beteiligt sich Norwegen mit freiwilligem zivilem Personal an friedenserhaltenden Maßnahmen der UN.

Unterschieden wird zwischen:

- Friedenstruppen im engeren Sinne, vor allem rekrutiert aus speziell ausgebildeten Infanterie-Bataillonen;
- militärischen Beobachtergruppen;
- zivilen und militärischen Polizeieinheiten;
- humanitären und Katastrophenschutz-Einsätzen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by Westdeutscher Verlag
Koblenz-Post



Für Polizeieinsätze wird überwiegend aus der norwegischen Polizei rekrutiert, für humanitäre und Katastrophenschutz-Einsätze wird zum Teil auf technische Unterstützung durch die Streitkräfte, zum Teil auf eine ständig einsetzbare zivile Eingreiftruppe des NOREPS (Norwegian Emergency Preparedness System) zurückgegriffen.

Finanziert wird der Einsatz von Soldaten aus dem UN-Sonderetat der Streitkräfte, der Einsatz von Polizisten und zivilen Helfern vom norwegischen Außenministerium. Alle Operationen werden vom Außenministerium in direkter Zusammenarbeit mit der UN koordiniert. Die interne Koordination und Rekrutierung von Personal erfolgt jeweils durch

- das Landesverteidigungskommando Ost, welches über die eigens für die UN ausgegliederte Kommando-Struktur für Blauhelm-Einsätze verfügt;
- die Leitung der norwegischen Polizei;
- das NOREPS.

Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland haben seit 1964 eine gemeinsame "Nordic UN Stand-by Force" von insgesamt 6.300 Mann zum kurzfristigen UN-Einsatz. Sie wird koordiniert und ausgebildet durch eine Art skandinavisches Einsatzkommando für UN-Peace Keeping, NORDSAMEN.

Rekrutierung des militärischen UN-Personals

Der Anteil der ständig verfügbaren UN-Streitkräfte der norwegischen Armee an der Präsenzstärke beträgt etwas über sieben Prozent. Im Falle der geplanten Erhöhung auf 2.000 UN-Soldaten würde der Anteil auf rund über elf Prozent anwachsen. Aufgrund der in der Regel halbjährigen Rotation beim UN-Personal würde sich dieser Anteil jährlich faktisch verdoppeln. Daher stützen sich die norwegischen UN-Soldaten zu 78 Prozent auf Reservisten und nur zu 30 Prozent auf Berufssoldaten. Fünf Prozent der norwegischen UN-Soldaten sind Frauen. Der Abschluß der Wehrpflicht ist Voraussetzung für die Teilnahme. Aufgrund des Rotationsprinzips muß die ständige UN-Einsatztruppe Norwegens über ein ausreichendes, für UN-Einsätze ausgebildetes Reservistenpotential verfügen (UN-Reserve-Pool). Die UN-Reservisten werden als einfache Soldaten alle zwei Jahre, als Offiziere jährlich zum zweiwöchigen Auffrischungstraining für UN-Einsätze einberufen. Sie müssen sich jeweils für zwei Jahre verpflichten, innerhalb von 48 Stunden / Offiziere) beziehungsweise sieben Tagen (Mannschaft) Einsatz bereit zu sein. Sie erhalten dafür eine monatliche Aufwandsentschädigung. Beim Einsatz erhalten sie ein zweites steuerfreies Monatsgehalt.

Größten Wert legt Norwegen, in Absprache mit den anderen drei skandinavischen Staaten, auf eine strenge Selektion und Ausbildung für friedenserhaltende Maßnahmen. Rekrutiert wird aufgrund öffentlicher Ausschreibungen, sobald norwegisches UN-Personal von der UN angefordert ist. Alle Bewerber werden psychologisch, gesundheitlich und im Bezug auf Ausbildung und Qualifikation untersucht und selektiert, bevor sie überhaupt für die Ausbildung als UN-Soldaten angenommen werden.

Die hohen Qualitätsanforderungen an das Personal gelten auch für Teilnehmer an polizeilichen oder humanitären UN-Aktionen. Eines der Zulassungskriterien ist beispielsweise, ob "ein Bewerber nationalistische, rassistische oder religiöse Vorurteile hat". Die Ausbildung für Offiziere beträgt bis zu 13 Wochen, für einfache Soldaten fünf Wochen. Während der letzten zwei Wochen vermitteln rotierende Offiziere und Soldaten aktuelle Kenntnisse aus den UN-Einsatzgebieten. Die Offiziers-Ausbildung wird für jeweils drei Wochen gemeinsam in den spezialisierten Peace-Keeping Ausbildungszentren der vier skandinavischen Länder durchgeführt:

- Staboffiziers-Training in Schweden (UNSOC),
- Logistik-Ausbildung in Norwegen (UNLOC),
- Militärpolizei-Ausbildung in Dänemark (UNMILPOC),
- Ausbildung militärischer Beobachter in Finnland (UNMOC).

Das wichtigste Ausbildungsziel, welches sich offenkundig vom "normalen" Ausbildungsgang von Soldaten unterscheidet, ist folgendes: "UN-Soldaten können sich nicht auf ihre Feuerkraft verlassen, sondern sie müssen andere überzeugen, ihre Waffen nicht einzusetzen: In gewisser Weise sind sie ihren Gegnern überlegen, weil sie gewohnt sind, friedliche Lösungen und prak-

tikable Kompromisse im Konfliktfall zu suchen. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt in der Fähigkeit, Probleme zu lösen und komplizierte Situationen zu beherrschen. Diese "Problemlösungsfähigkeit der Offiziere wird in den geplanten Einsatzgebieten bis zum Äußersten auf die Probe gestellt" heißt es in einer Ausbildungs-Richtlinie. In der Ausbildung selbst müßten die Ausbilder die Fähigkeit der Lehrgangsteilnehmer kennenlernen, "wie sie und ihre Untergebenen unter äußerstem Druck reagieren".

Über die unmittelbare Krisenbewältigungsfähigkeit hinaus nutzen die norwegischen Streitkräfte bei der Rekrutierung von UNO-Personal besonders die spezifischen beruflichen Fähigkeiten. Dies führt häufig genug zu zusätzlichen Tätigkeiten der norwegischen UN-Soldaten, die denen von Entwicklungshelfern ähneln.

Norwegische Erfahrungen beim UN-Einsatz

Die Streitkräfte aus skandinavischen Ländern werden aufgrund ihrer hohen Qualifikation vom UN-Generalsekretär bevorzugt angefragt. Die meisten Teilnehmer an UN-Peace-keeping Operationen verfügen nicht über eine vergleichbare Ausbildung. Das gilt auch für hochentwickelte Staaten wie Frankreich oder Großbritannien.

Im Unterschied zu weit verbreiteten Auffassungen haben die UN-Friedensmissionen - so die norwegischen Erfahrungen - einen unmittelbar friedenserhaltenden Effekt selbst dann, wenn sie von Konfliktparteien nur widerwillig akzeptiert und UN-Beschlüsse (zum Beispiel Abzug Israels aus dem Südlibanon) ignoriert werden: Bei der UNIFIL im Südlibanon habe sich Israel zwar nicht zurückgezogen, sei aber erheblich militärisch behindert worden. Beispiele:

- Bei der jüngsten Offensivaktion vor rund zwei Monaten verzögerten quergestellte UN-Truppentransporter eine weitreichende israelische Panzeroperation über rund acht Stunden. Nach einigen Handgemengen räumten israelische Bulldozer zwar die Barrieren, konnten aber ihre Aktion nicht planmäßig durchführen.
- Israelische Sonderkommandos oder Angehörige der von Israel unterstützten Südlibanesischen Armee (SLA) werden von den Angehörigen der UNIFIL "auf dem Fuße" bis in die Wohnungen verfolgt, wenn sie terrorismusverdächtige Palästinenser in ihren Häusern bedrängen. Durch die Präsenz der UN-Augenzeugen würden Folterungen oder Ermordungen oder etwa die übliche Praxis der Häuserzerstörungen verhindert.
- UNIFIL-Soldaten sind berechtigt, einsickende irreguläre bewaffnete und motorisierte Gruppen oder Personen mit Waffengewalt an den Checkpoints der passierbaren Stellen aufzuhalten und zu entwaffnen. Brechen sie durch, wird in der Regel nicht auf Personen geschossen, sondern der nächste Checkpoint angerufen, der den Durchweg dann blockiert. Spätestens beim dritten Checkpoint in diesem gestaffelten Blockadesystem geben die Irregulären normalerweise auf.

Nach Einschätzung der norwegischen UN-Offiziere seien zwar die häufigen Scharmützel zwischen Israel, der SLA und den Hisbollah-Kämpfern äußerst belastend und frustrierend für die UNIFIL-Soldaten, aber in keinem Verhältnis zu massiven Kriegshandlungen wie vor ihrer Stationierung. Dies wird an einem Zahlenbeispiel deutlich: Den deeskalierenden Maßnahmen der UN-Blauhelme im Südlibanon ist es zu verdanken, daß ein Großteil der geflüchteten Einwohner zurückkehrte: 1978 zählte die UNO 600 Einwohner im UNIFIL-Gebiet, 1991: 18.500. Das Hauptquartier der UN mußte aufgrunddessen aus der Stadt Ebel Es Saqi in provisorische Gebäude im Felde verlagert werden.

Auch in Kroatien flaut die Gewalt, anders als aus den Medien vermittelt würde, in den "protected areas" der UN, wo die UN-Blauhelme stationiert sind, ab. Der Abzug aus Sarajewo ist deshalb erfolgt, weil dort keine operative und entsprechend ausgerüstete Blauhelmeinheit, sondern nur das auf Kämpfe völlig unvorbereitete UN-Kommando stationiert gewesen war. (Sarajewo galt vor der Anerkennung Bosnien-Herzegowinas im Sicherheitsrat als "absolut sicher").

Probleme mit zurückkehrenden Blauhelmsoldaten

Obwohl die skandinavischen Länder über eine hervorragende Ausbildung und Vorbereitung verfügen, gibt es - vor allem bei Infanteriesoldaten, aber auch bei Offizieren und Polizisten -

nach der Rückkehr größere Probleme. Einige Offiziere und der Polizeichef von Oslo sprachen von einer Art "Vietnamsyndrom". Einige Soldaten seien schockierenden Erlebnissen ausgesetzt gewesen, andere fänden zerrüttete Partnerbeziehungen nach der Rückkehr vor. Viele hätten sich bei Blauhelmeinsätzen als "Helden bewährt", was aber zu Hause in Norwegen niemanden interessiere.

Im norwegischen Außenministerium wird über eine systematische Nachbetreuung der ehemaligen Blauhelmangehörigen nachgedacht.

Politische Perspektiven der friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen gehen von einem enorm wachsenden Bedarf an friedenserhaltenden Maßnahmen aus. Größte Probleme sind einerseits die mangelnde finanzielle Ausstattung und unzureichende Beitragsleistungen (vor allem der USA) und andererseits die - mit Ausnahme der skandinavischen Staaten - zu wenig koordinierte systematische Vorbereitung. Von der deutschen Öffentlichkeit praktisch unbemerkt ist die Bekräftigung von Peace-Keeping Operations durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 9. Dezember 1991. Danach wurde auf Vorschlag des UNO-Generalsekretärs ein Peace-Keeping Fund und eine Abteilung für peace-keeping Operations zur besseren Koordination eingerichtet, in Ergänzung zu dem in den 60er Jahren gebildeten "UN-Special Committee on Peace-Keeping Operations".

Der Sicherheitsrat arbeitet zur Zeit an der Entwicklung eines Gesamtkonzepts von "Präventiver Diplomatie", "Peace-Making" (politische Herstellung von Frieden) und "Peace-Keeping". Der UNO-Generalsekretär forderte die Mitgliedsstaaten am 12. Februar 1992 auf, Vorschläge zur Weiterentwicklung friedenserhaltender Operationen vorzulegen. Allein dies unterstreicht den wachsenden Wert von friedenserhaltenden Einsätzen. Für den September 1992 wird ein Bericht des UN-Generalsekretärs über die Weiterentwicklung von Peace-Keeping erwartet. Die norwegische Regierung und die derzeitige parlamentarische Mehrheit strebt eine Ausweitung des Peace-Keeping in Richtung auf mehr Möglichkeiten für politische "Peace-Making" an. Diskutiert werden insbesondere:

- präventive Diplomatie und Ausbau der politischen Frühwarnung vor Konflikten zwischen und innerhalb von Staaten;
- präventiver Einsatz von Beobachtern und Blauhelmen auf dem Boden eines bedrohten Landes beziehungsweise in Spannungsgebieten,
- Überwachung von Wahlen und Menschenrechten,
- polizeiliche und administrative Hilfe beim Aufbau demokratischer Strukturen und
- die Wiederansiedlung von Flüchtlingen.

Vorschläge der nordischen Länder an den UN-Generalsekretär

Die vier skandinavischen Staaten übergaben dem UN-Generalsekretär am 11. März 1992 folgende Vorschläge zur Verbesserung der Peace-Keeping Operations der UN:

- Die Schaffung eines Pools von sofort einsetzbaren militärischen Beobachtern, um die schnelle Reaktionsfähigkeit der UN auszubauen.
- Die Schaffung einer kurzfristig verfügbaren zivilen Peace-Keeping Komponente. Dabei geht es insbesondere um zivile Experten für Verwaltung, Beistand zur Durchführung von Wahlen, Menschenrechtsbeobachter und zivile Polizei. (Dieser Punkt zeigt besonders deutlich den Wandel in der Schwerpunktsetzung von peace-keeping-operations in Richtung auf Gewährleistung von Demokratie und Menschenrechten).
- Die einschneidende Verbesserung der Verfahren zur Bereitstellung der Finanzmittel für Peace-Keeping Operations. Oft ist die Durchführung von peace-keeping-operations bisher durch finanzielle und bürokratische Hindernisse erschwert.
- Gemeinsame Ausbildungs- und Trainingsprogramme für UN-Truppen-Kommandeure, Verwaltungs-offiziere sowie für das militärische und zivile Führungspersonal.
- Festlegung einer Standard-Vereinbarung für die Bereitstellung von Streitkräften für Peace-Keeping Operations einschließlich einer verbindlicheren Definition der Arbeitsbeziehungen zwischen den Vereinten Nationen und einem Land, in welchem UN-Streitkräfte und ziviles UN-Personal stationiert sind.

Vorschläge der EG

Die EG-Kommission hat folgende gemeinsame Vorschläge über EG vorgelegt:

- Stärkere Ausstattung des UN-Generalsekretärs mit "neuen Mechanismen präventiver Diplomatie". Ziel ist die
 - Früherkennung von potentiellen Konfliktzonen,
 - Aktionen um latente Konflikte einzudämmen,
 - praktische Maßnahmen zur Erleichterung der schnellen Stationierung von peace-keeping-Operationen,
 - längerfristige Behandlung tieferliegender Krisenursachen.
- Der UN-Generalsekretär sollte ein eigenständiges Recht zur Beschaffung von Informationen und Beobachtung von Krisen erhalten und "entscheiden, welche Aktionen aufgrund der erhaltenen Informationen ergriffen werden sollen".
- Das Recht der UN, vor Ausbruch von Kampfhandlungen tätig zu werden durch
 - Fact-finding Missionen,
 - sofortige Beobachtermissionen,
 - das Recht des Generalsekretärs, auf eigene Initiativen Vermittlungsmissionen in Gang zu setzen.
- Ähnlich wie die nordischen Staaten setzt sich die EG für Vorab-Vereinbarungen der UN mit Mitgliedsstaaten ein, um das Sekretariat in die Lage zu versetzen, kurzfristig militärisches und ziviles Personal zu mobilisieren.
- Stärkung präventiver Diplomatie durch stärkere Nutzung regionaler Organisationen wie der KSZE beziehungsweise Ermutigung an Staaten, sich an den Internationalen Gerichtshof zu wenden.

Vorschlag Norwegens: Peace-Keeping-Akademie

Norwegen hat dem UN-Generalsekretär vorgeschlagen, in Skandinavien ein UN-Institut für peace-keeping und Peace-Making der UN zu gründen. Es sollte, ausgehend von bisherigen internationalen Erfahrungen, den UN-Mitgliedsländern eine standardisierte und koordinierte Ausbildung für militärische Offiziere und leitendes ziviles Personal für friedenserhaltende Einsätze ermöglichen.

Fazit

Mit ihrem Blauhelme-Beschluß liegt die SPD offensichtlich im internationalen Trend. Nicht nur in der UNO wird dem Ausbau des Instruments der "Blauhelme" eine wachsende und wirksame Rolle bei der Friedenssicherung und Konflikteindämmung eingeräumt. Volker Rühe hat die Beschränkung der Bundeswehr bei internationalen Einsätzen auf "Blauhelmeinsätze" gewiß nicht allein wegen der SPD erklärt. Und die jüngsten NATO-Diskussionen über Peace Keeping gehen nicht auf die SPD, sondern auf ein geschärftes Problembewußtsein angesichts der zahlreichen potentiellen Konfliktherde im Osten Europas zurück. Auch sieht man in kleineren Nachbarländern, aber auch - aus anderen Motiven - in den USA einer offensiveren Rolle der Bundeswehr mit gemischten Gefühlen entgegen.

Innenpolitisch wird die SPD-Parteitagsposition - auch nach der jüngsten Bundeswehrstudie - von rund 2/3 der Bevölkerung gereift, während eine große Mehrheit militärische Kampfeinsätze - auch im Rahmen der UN - ablehnt.

Es wird Zeit, daß die SPD an ihrem Konzept festhält und mit einer Verfassungsänderung Blauhelmeinsätze der Bundeswehr aus der Grauzone herausholt und die Rechtssicherheit herstellen hilft. Wichtig ist, parallel zur Verfassungsänderung gesetzliche Voraussetzungen für die Einrichtung von Ausbildungsstätten und Trainingszentren für UN-Peace-keeping und eine von den normalen Kommandostrukturen unabhängige, eigens für UN-peace keeping bereitstehende und ausgebildete Einsatztruppe zu schaffen.

(/10. Juni 1992/rs/ks)

Die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

Zur Notwendigkeit, das größte Vernichtungslager der Nazis als Ort der Warnung zu erhalten

Von Hermann Langbein (Wien)

Sekretär des Internationalen Komitees der Lager-Überlebenden

Am 1. und 2. Juni tagte wieder der internationale Rat, der vom polnischen Kultusministerium gegründet wurde, um Vorschläge für eine Ausgestaltung der Gedenkstätte Auschwitz auszu- arbeiten. Im Mittelpunkt dieser Tagung standen Beratungen, wie der Lagerkomplex Birkenau wirkungsvoller in die Gedenkstätte einbezogen werden könne. Im Stammlager Auschwitz ist seit langen Jahren ein Museum eingerichtet, das von vielen Menschen besucht wird. Die Ver- nichtungseinrichtungen befanden sich nicht dort, sondern wurden in Birkenau von der SS konstruiert.

In zahlreichen Lagerabschnitten, die noch weiter vergrößert werden sollten, wurden diejenigen in Pferdestall-Baracken untergebracht, die als "arbeitsfähig" aus den Deportationszügen der Juden "selektiert" worden waren. Anschließend an den Birkenauer Lagerkomplex hatte die "Zentralbauleitung der Waffen-SS Auschwitz" vier überdimensionierte Krematorien mit eingebaute Gaskammern konstruiert. Dort wurden die als "nicht arbeitsfähig" taxierten Juden - in der Regel eine weit höhere Zahl - mit dem Giftgas Zyklon B ermordet. In Birkenau befanden sich auch die beiden Rampen, auf denen SS-Ärzte die deportierten Juden "selektierten".

Während das Museum im Stammlager in Ziegelbauten untergebracht ist, ist der gewaltig di- mensionierte Lagerkomplex Birkenau, der sich etwa drei Kilometer vom Stammlager entfernt befindet, dem Verfall preisgegeben. Der Rat hält es für unbedingt nötig, daß dieser Verfall ge- stoppt wird. Birkenau bildet den wesentlichsten Bestandteil des größten Vernichtungslagers des Nationalsozialismus - Auschwitz.

Es bedarf keiner näheren Begründung, daß die Erhaltung von Birkenau nicht vom polnischen Staat allein finanziert werden kann. Dafür sind Mittel erforderlich, die von Polen allein nicht auf- gebracht werden können. Dafür verantwortlich sind alle, die die Gedenkstätte Auschwitz als Warnung, wohin die mörderische "Rassen"-Ideologie des Nationalsozialismus hatte führen können, erhalten wollen.

Ein Team von qualifizierten Künstlern und Architekten aus Krakau hat dem Rat ein Projekt zur Diskussion vorgestellt, das geeignet erscheint, Birkenau endlich voll in die Gedenkstätte zu in- tegrieren. Bei der nächsten Tagung des Rates, die im Herbst stattfinden soll, ist eine einge- hende Diskussion dieses Entwurfes vorgesehen.

Die Konservierungsarbeiten in Birkenau sind von der Direktion der Gedenkstätte Auschwitz be- reits begonnen worden. Sie wurden schon bei den vorangegangenen Ratstagungen angeregt. Begonnen haben auch bereits Bemühungen, um die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu be- kommen. Zusagen von Regierungen, Initiativen für Sammlungen wurden bei der Tagung be- kanntgegeben.

Im Rat wurde angeregt, eine Prioritätenliste aufzustellen. Zuerst sind Mittel erforderlich, um einen weiteren Verfall der Ruinen aufzuhalten. Es wäre nicht zu verantworten, damit zu warten. Dann soll als nächste Stufe Birkenau denen voll erschlossen werden, die nach Auschwitz pil- gern.

Die Mitglieder des internationalen Rates - unter denen sich Überlebende dieses Vernichtungs- lagers befinden - rechnen damit, daß die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zuerst schnell- stens diejenigen, die den Stopp des weiteren Verfalls ermöglichen; anschließend weit umfang- reichere für den Ausbau der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau.

(-/10. Juni 1992/rs/ks)
